

493581-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen – Neustrukturierung Olympiastützpunkt Hamburg / Schleswig-Holstein, Standort Am Dulsbergbad 5 in Hamburg - Technische Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI, ALG 1-8 ab LP 5
OJ S 143/2025 29/07/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

E-Mail: Einkauf@gmh.hamburg.de

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Neustrukturierung Olympiastützpunkt Hamburg / Schleswig-Holstein, Standort Am Dulsbergbad 5 in Hamburg - Technische Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI, ALG 1-8 ab LP 5

Beschreibung: Die Gebäudemanagement Hamburg GmbH (GMH) soll im Auftrag der Behörde für Inneres und Sport (BIS), vertreten durch das Landessportamt, als Realisierungsträger die Projektentwicklung und bauliche Neuordnung des Olympiastützpunkt Hamburg / Schleswig-Holstein am Standort Dulsberg (OSP) mit den dafür erforderlichen Neubauten umsetzen. In dieser Tätigkeit wurde GMH mit der Neustrukturierung Olympiastützpunkt Hamburg / Schleswig-Holstein am Standort Am Dulsbergbad 5 beauftragt. Im weiteren siehe Ziffer 5.1.6 "Allgemeine Informationen - Zusätzliche Informationen"

Kennung des Verfahrens: fcbfd9a0-75c1-4e3d-b77b-63a97551724a

Interne Kennung: GMH VgV VV 062-25 AO

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Zentrale Elemente des Verfahrens: Leistungsbeginn: unmittelbar nach Beauftragung Angaben der Bewerber gemäß § 122 GWB ff. bzw. § 75 VgV. Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen elektronisch einzureichen: - ausgefüllter Bewerberbogen, - Anlage 1A: Nachweis über die Eintragung im Handelsregister oder Äquivalent nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (Kopie); - Anlage 1B: Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit (Vordruck); - Anlage 1C: Eigenerklärung zur wirtschaftlichen Verknüpfung/Zusammenarbeit (Vordruck); - Anlage 1D: Eigenerklärung zur Verpflichtung gem. Verpflichtungsgesetz (Vordruck); - Anlage 1E: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes (Vordruck); - Anlage 1F: Eigenerklärung gem. 5. RUS-Sanktionspaket (Vordruck); - Anlage 1G: Anerkennung der Verarbeitung unternehmensbezogener Daten (Vordruck) - Anlage 1H: Eigenerklärung zu einer vergaberechtlichen Fortbildung mit dem Schwerpunkt VOB Teile A/B /C (Vordruck); - Anlage 1I: Eigenerklärung zur Teilnahme an einer Fortbildung zur Inklusion an staatlichen Schulen oder zum barrierefreien Bauen gem. DIN 18040 (mind. Teil 1) (Vordruck); - Anlage 1J: Vollmacht des Vertreters im Falle einer Bietergemeinschaft (Vordruck); - Anlage 1K: Angaben zu Auftragsanteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck); - Anlage 1L:

Eigenerklärung über eine gesonderte Versicherung für Bietergemeinschaften (Vordruck); - Anlage 1M: Eigenerklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragnehmern (Vordruck); - Anlage 2A1: Nachweis über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung (Kopie); - Anlage 2A2: Nachweis des Versicherungsgebers der Berufshaftpflichtversicherung über die Bereitschaft zur Erhöhung der Deckungssummen (Kopie); - Anlage 2A3: Eigenerklärung des Bewerbers zur Erhöhung der Deckungssummen (Vordruck); - Anlage 2B: Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers (Vordruck); - Anlage 3A1: Nachweis der Befähigung des für die Ausführung der Leistung Verantwortlichen (Kopie); - Anlage 3A2: Berufliche Qualifikation des/der vorgesehenen Projektleitung (Kopie); - Anlage 3B1 und 3B2: Darstellung von 2 vergleichbaren Referenzprojekten unter Angabe von: Projektbeschreibung, Leistungsumfang- und -zeitraum, Baukosten, maßgeblich beteiligten Mitarbeiter/ oder Projektverantwortlichen, Bauherrn mit Ansprechpartner + Telefonnummer, Referenzschreiben oder -bestätigung vom AG nach Abschluss der beauftragten Leistungen; - Anlage 3C: Eigenerklärung über die Beschäftigtenanzahl in den letzten drei Geschäftsjahren (Vordruck). Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerberbogen auszufüllen.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71315000 Haustechnik

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: An der Stadthausbrücke 1

Stadt: Hamburg

Postleitzahl: 20355

Land, Gliederung (NUTS): Hamburg (DE600)

Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 1 430 000,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Die Durchführung der Leistungen soll gem. § 73 (3) VgV unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen. Der Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2.3.1974, geändert durch das Gesetz vom 15.8.1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet. Im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine wurde am 8. April 2022 durch das 5. EU-Sanktionspaket mit Art. 5k in die Russland-Sanktionsverordnung 2014/833 ein unmittelbar und seit dem 9. April 2022 geltendes Zuschlags- und Erfüllungsverbot für öffentliche Aufträge und Konzessionen oberhalb der EU-Schwellenwerte mit russischen Staatsangehörigen und Unternehmen eingeführt. Danach ist es verboten öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw.

Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen: a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln, auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden (Eignungsleihe). Das Nichtvorliegen dieser Ausschlussstatbestände ist durch den Bewerber mit Teilnahmeantrag in Form einer Eigenerklärung zu erklären.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv - Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb /Verhandlungsverfahren

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Neustrukturierung Olympiastützpunkt Hamburg / Schleswig-Holstein, Standort Am Dulsbergbad 5 in Hamburg - Technische Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI, ALG 1-8 ab LP 5

Beschreibung: Die Gebäudemanagement Hamburg GmbH (GMH) soll im Auftrag der Behörde für Inneres und Sport (BIS), vertreten durch das Landessportamt, als Realisierungsträger die Projektentwicklung und bauliche Neuordnung des Olympiastützpunkt Hamburg / Schleswig-Holstein am Standort Dulsberg (OSP) mit den dafür erforderlichen Neubauten umsetzen. In dieser Tätigkeit wurde GMH mit der Neustrukturierung Olympiastützpunkt Hamburg / Schleswig-Holstein am Standort Am Dulsbergbad 5 beauftragt. Im weiteren siehe Ziffer 5.1.6 "Allgemeine Informationen - Zusätzliche Informationen"

Interne Kennung: 6fd7db0d-da1d-4c48-97fd-834a796ea078

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71315000 Haustechnik

Optionen:

Beschreibung der Optionen: : Der Erwerber behält sich das Recht vor, zusätzliche Käufe vom Auftragnehmer zu tätigen, wie hier beschrieben: - Leistungsphase 9 Technische Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen). - Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen Technische Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 49 Monate

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 1 091 000,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag
Auftragsvergabeprojekt ganz oder teilweise aus EU-Mitteln finanziert
Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein
Zusätzliche Informationen: Der Olympiastützpunkt Hamburg / Schleswig-Holstein am Standort Hamburg Dulsberg soll neu strukturiert werden, da sich die Anforderungen und Bedarfe geändert haben und aktuell nicht vollumfänglich abgebildet werden können. Um den Anschluss an die Weltspitze der Schwerpunktsportarten halten zu können, ist eine optimale Infrastruktur am OSP erforderlich. Ziel soll es sein, bestmögliche Bedingungen zur Erbringung der individuellen Höchstleistungen in den Schwerpunktsportarten zu schaffen und diese am Standort Dulsberg zu erweitern. Die Entwicklung und Neuordnung des OSP soll bei laufendem Betrieb des OSP erfolgen. Der OSP ist eine bundes- und landesfinanzierte Betreuungs- und Serviceeinrichtung für Spitzensportler*innen aus Hamburg und Schleswig-Holstein, die olympische und paralympische Sportarten als Spitzensport betreiben. Der Hauptsitz des Olympiastützpunktes befindet sich in Hamburg. Ein besonderer Schwerpunkt wird dort auf die Sportarten Beachvolleyball, Schwimmen, und Badminton gelegt, die ihre Bundesstützpunkte in direktem Umfeld des OSP haben. Auch die Athlet*innen der beiden anderen Schwerpunktsportarten Hockey und Rudern, deren Bundesstützpunkte weiter entfernt vom OSP liegen, werden hier teilweise mit betreut. In enger Zusammenarbeit mit den Fachverbänden wird der Spitzensport an diesem Standort gesteuert. Zu den Leistungsangeboten gehören trainingswissenschaftliche, soziale, physiotherapeutische, sportmedizinische, psychologische und ernährungswissenschaftliche Serviceangebote. Das Areal des OSP befindet sich im Hamburger Stadtteil Dulsberg und wird begrenzt durch die Straßen „Alter Teichweg“ im Norden sowie den „Eulenkamp“ im Osten. Auf dem Areal befinden sich verschiedene Gebäude und Nutzungsarten unterschiedlicher Baujahre. Westlich der Liegenschaft befindet sich die Stadtteilschule Alter Teichweg. Die Schule ist eine Eliteschule des Sports, bestehend aus einem denkmalgeschützten Altbau sowie Erweiterungsbauten. In unmittelbarer Nähe entsteht ebenfalls der Neubau der Grundschule und Quartiersmediathek, diese befinden sich am neuen Quartiersplatz in der Nachbarschaft des Projekts Neustrukturierung Olympiastützpunkt HH/SH. Auf dem Flurstück 4885 (Gemarkung Barmbek) soll der Neubau des Olympiastützpunktes erfolgen. Er soll eine BGF von ca. 4.470 m² umfassen und sich auf drei Geschosse verteilen. Der Olympiastützpunkt bildet den Mittelpunkt der Gesamtmaßnahme. Im repräsentativen Gebäude finden sich Mensa/ Kantine, Verwaltung und Trainings- sowie Diagnostikräume wieder. Außerdem sollen Physiotherapie, Seminar- und Veranstaltungsflächen untergebracht werden. Im sportiven Ambiente sollen Mitarbeiter*innen und Trainer*innen mit Athlet*innen aus Nachwuchs und Hochleistungssport zusammenarbeiten und auf höchstem Niveau Leistungssport betreiben. Ziel des Stützpunktes ist es, die Athlet*innen bei der Ausübung ihres Hochleistungssports durch einen zentralen Standort zu unterstützen, an dem sowohl Training als auch Regeneration und Verpflegung stattfinden. Das Haus der Athlet*innen soll der Unterbringung von fünf Nutzergruppen dienen: Athlet*innen im Schulalter (Sportinternat), Athlet*innen nach dem Schulabschluss (Wohnheim), Athlet*innen, die im Rahmen von Trainingslagern oder Lehrgängen als Gäste untergebracht werden müssen. Ursprünglich war auch die Sportfördergruppe der Bundeswehr als Nutzer vorgesehen. Im Juli 2024 wurde beschlossen, dass ab LPH 3 bis auf Weiteres ohne die Räume für die Sportfördergruppe geplant, die

Möglichkeit einer Aufstockung für eine spätere Option/Aufstockung aber vorgehalten werden soll. Das Büro PBA Planungsgesellschaft Haustechnik mbH ist mit der Maßnahme vorbefasst. Das Büro ist nicht von der Teilnahme an dem Vergabeverfahren ausgeschlossen. Die aktuellen Planungsstände werden mit der Angebotsaufforderung (ggf. in Auszügen) allen Bietern bereitgestellt. Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus: - Leistungsphase 5-8 (und optional die Leistungsphase 9) Technische Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI, - Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen Technische Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen). Hinweis: Der AG behält sich vor, die Verhandlung ohne Verhandlungstermin durchzuführen (vgl. §17 Abs. 11 VgV). Neben dem Auswahlgremium des Auftraggebers werden ggf. Vertreter des Nutzers sowie weitere Vertreter aus behördlichem Kontext in beratender Funktion an den Vergabeverhandlungen teilnehmen. Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VgV-Verfahrens durch das Büro D&K drost consult GmbH unterstützen und beratend begleiten. Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung eingereichten 2 besten Referenzprojekte, welche innerhalb der vergangenen 7 Jahre (Stichtag 01.01.2018) mit der Leistungsphase 8 (Objektplanung) abgeschlossen und mit einer Übergabe an die Nutzer realisiert worden sind, jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-8 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-5 Punkte) und vergleichbare angestrebte Qualität (0-2 Punkte). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 34 Punkte erreicht werden. Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens. Um die eingereichten Referenzprojekte anhand der vorgegebenen Kriterien prüfen zu können, ist es wichtig, die dafür notwendigen Parameter der Referenzprojekte zu benennen. Wir bitten darum, die Referenzprojekte anhand der im Bewerberbogen vorgegebenen Formulare zu dokumentieren. Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird zusammen mit dem Bewerberbogen zur Verfügung gestellt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend den zugrunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl analog § 75 (6) VgV unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen. Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem Bewerberbogen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen zugelassen. Die Bewerbung ist in Textform zu unterschreiben (Näheres siehe Verfahrenshinweise). Die in den Verfahrenshinweisen aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden, Fortbildungsnachweis) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Bei Bewerbungen mit Unterauftragnehmern sind die geforderten Unterlagen für den Bewerber sowie für alle Unterauftragnehmer vorzulegen. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist,

erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen. Die Darstellung der Referenzen muss im Format DIN A3 gut erkennbar sein. Mit dem Angebot ist ein Nachweis über die vollständige und zeitgerechte Entrichtung der Sozialabgaben (in Kopie, von einem Sozialversicherungsträger oder einer Sozialkasse, alternativ durch Erklärung des Steuerberaters) und die Bescheinigung über die ordnungsgemäße Entrichtung der Steuern des jeweiligen Finanzamtes (gültig und nicht älter als 12 Monate) einzureichen. Die zur Verfügung gestellten Verfahrenshinweise sowie der Auswahlbogen sind zwingend zu beachten und bindend. Die Vergabestelle prüft die eingegangenen Bewerbungen bzw. Angebote. Fehlende Nachweise und Unterlagen werden mit angemessener Frist (in der Regel 6 Kalendertage ab Versand des Nachforderungsschreibens) nachgefordert. Werden nachgeforderte Nachweise oder Unterlagen nicht innerhalb der gesetzten Frist vorgelegt, kann dies zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen. Hinweis: Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen. Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: - 2A1: Nachweis über bestehende

Berufshaftpflichtversicherung: Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig)

über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung (mind. 1,5 Mio. EUR für

Personenschäden und mind. 1,0 Mio. EUR für sonstige Schäden). Es ist der Nachweis zu

erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der

Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass

bei dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus Verträgen mit

anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei

mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt. Bei

Bietergemeinschaften ist mit den Bewerbungsunterlagen eine Erklärung der

Bietergemeinschaft einzureichen, im Auftragsfall eine zusätzliche Versicherung gemeinsam

mit allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft abzuschließen. Eine Eigenerklärung ist als

Nachweis zulässig. Die Eigenerklärung ist von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft zu

unterzeichnen. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem

Mitglied einzeln und jeweils in voller Deckungshöhe nachgewiesen werden. - 2A2: Nachweis

des Versicherungsgebers der Berufshaftpflichtversicherung über die Bereitschaft zur

Erhöhung der Deckungssummen: Zusätzliche Erklärung des Versicherungsgebers über die

Erhöhung der Deckungssummen im Auftragsfall auf mind. 3,0 Mio. EUR für Personenschäden

und mind. 5,0 Mio. EUR für sonstige Schäden, sofern nicht durch die bestehende

Versicherung erbracht. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der

Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die

Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei dem Bewerber mehrere

Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus Verträgen mit anderen Auftraggebern),

die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem

zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt. Die Bescheinigung des

Versicherers über die Bereitschaft, die bestehende Berufshaftpflichtversicherung im

Auftragsfall zu erhöhen, müssen bei Bietergemeinschaften von jedem Mitglied einzeln und jeweils in voller Deckungshöhe nachgewiesen werden. - 2A3: Eigenerklärung des Bewerbers zur Erhöhung der Deckungssummen der Berufshaftpflichtversicherung: Eigenerklärung, des Bewerbers, die genannten Deckungssummen im Auftragsfall gem. der unter 2A2 genannten Deckungssummen zu erhöhen. Bei Bietergemeinschaften ist mit den Bewerbungsunterlagen eine Erklärung der Bietergemeinschaften zur Erhöhung der genannten Deckungssumme von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft zu unterzeichnen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 1,00

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 3C: Eigenerklärung über die Beschäftigtenanzahl:

Eigenerklärungen über die Beschäftigtenzahl durch Angabe der im Jahresdurchschnitt

beschäftigten Mitarbeiter mit entsprechender fachlicher Qualifikation der letzten 3

Geschäftsjahre. - Für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI, ALG 1-3 (HLS) sind mind. 5 festangestellte geprüfte Techniker oder Ingenieure bzw. Absolventen für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung (HLS) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc.

(Anzahl an Personen maßgeblich, nicht das wöchentliche Stundenvolumen) im Durchschnitt der letzten 3 Geschäftsjahre nachzuweisen. - Für den Leistungsbereich Technische

Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI, ALG 4+5 (ELT) sind mind. 3 festangestellte geprüfte Techniker oder Ingenieure bzw. Absolventen für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung (ELT)

inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. (Anzahl an Personen maßgeblich, nicht das wöchentliche Stundenvolumen) im Durchschnitt der letzten 3 Geschäftsjahre nachzuweisen. -

Für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI, ALG 6 ist mind. 1 festangestellter Mitarbeiter für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung ALG 6 inkl.

Büroinhaber, Geschäftsführer etc. (Anzahl an Personen maßgeblich, nicht das wöchentliche Stundenvolumen) im Durchschnitt der letzten 3 Geschäftsjahre nachzuweisen. - Für den

Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI, ALG 7 (Bädertechnik) ist mind. 1 festangestellter Mitarbeiter für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung ALG 7

(Bädertechnik) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. (Anzahl an Personen maßgeblich, nicht das wöchentliche Stundenvolumen) im Durchschnitt der letzten 3 Geschäftsjahre

nachzuweisen. Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird,

muss die Beschäftigtenanzahl aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die

Beschäftigtenanzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 1,00

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 1A Nachweis über die Eintragung im Handelsregister oder Äquivalent nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift Ein Handelsregisterauszug

oder Äquivalent (z.B. Partnerschaftsregister), gültig und nicht älter als 12 Monate oder

entsprechende Angaben zum Unternehmen im Bieterbogen liegt als Anlage 1A diesem

Bewerbungsbogen bei. Hinweis: Der Nachweis muss gültig und aktuell, d. h. nicht älter als 12 Monate, sein.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 1,00

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 3B: Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten: Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern anhand der eingereichten Referenzen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 1,00

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: - 3A1: Nachweis der Befähigung des für die Ausführung der Leistung Verantwortlichen: Ingenieur/in gem. § 75 (2) VgV. - 3A2: Berufliche Qualifikation der vorgesehenen Projektleitung: Abgeschlossenes Studium für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung (Nachweis durch Studiennachweis) oder staatl. geprüfter Techniker (Nachweis durch Abschlusszeugnis).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 1,00

Kriterium: Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 2B: Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers: Erklärung über den Umsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI, ALG 1-3 (HLS) in den letzten 3 Geschäftsjahren. Der durchschnittliche Jahresumsatz muss mindestens 600.000 EUR (netto) erreichen. Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers: Erklärung über den Umsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI, ALG 4+5 (ELT) in den letzten 3 Geschäftsjahren. Der durchschnittliche Jahresumsatz muss mindestens 400.000 EUR (netto) erreichen. Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben. Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, sieht § 45 Abs. 5 VgV aus berechtigten Gründen (z. B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z. B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 1,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis / Honorar

Beschreibung: Preis / Honorar / Gewichtung: 25 %.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 25

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualität

Beschreibung: Qualitätskriterium – Name: Fachlicher Wert / Gewichtung: 25 %.

Qualitätskriterium – Name: Qualität / Gewichtung: 35 %. Qualitätskriterium – Name:

Kommunikation und Verfügbarkeit / Gewichtung: 15 %.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 75

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 19/08/2025 23:59:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/4384bd0f-3fb3-4b0c-b044-18d030dcca98>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/4384bd0f-3fb3-4b0c-b044-18d030dcca98>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 26/08/2025 14:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Gemäß § 56 Abs. 2 VgV, § 51 Abs. 2 SektVO, § 16a Abs. 1 VOB/A-EU. Mögliche Hinweise des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 – 4 GWB unzulässig, soweit: 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. - schriftlich an das Postfach der Finanzbehörde (Postfach 30 17 41, 20306 Hamburg) - und zusätzlich per E-Mail (unterschiedlicher Nachprüfungsantrag als PDF-Dokument im Anhang) an das Funktionspostfach vergabekammer@fb.hamburg.de zu richten.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:
Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

Registrierungsnummer: 76f15962-d8d8-4c48-a782-fb6b0d5c327e

Abteilung: Einkauf/Vergabe

Postanschrift: An der Stadthausbrücke 1

Stadt: Hamburg

Postleitzahl: 20355

Land, Gliederung (NUTS): Hamburg (DE600)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Einkauf/Vergabe

E-Mail: Einkauf@gmh.hamburg.de

Telefon: +49 40428236201

Fax: +49 40427310143

Internetadresse: <https://gmh-hamburg.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Registrierungsnummer: 19a7d79f-4d82-4e82-ae5c-6ee7ea5df0b5

Postanschrift: Neuenfelder Straße 19

Stadt: Hamburg

Postleitzahl: 21109

Land, Gliederung (NUTS): Hamburg (DE600)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@bsw.hamburg.de

Telefon: +49 40428403230

Fax: +49 40427940997

Internetadresse: <https://www.hamburg.de/behoerdenfinder/info/11725154/>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

Registrierungsnummer: fcb654cb-580c-44b7-b9c0-495f8f0cc37c

Postanschrift: An der Stadthausbrücke 1

Stadt: Hamburg

Postleitzahl: 20355

Land, Gliederung (NUTS): Hamburg (DE600)

Land: Deutschland

E-Mail: einkauf@gmh.hamburg.de

Telefon: +49 40428236201

Fax: +49 40427310143

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 9eca7330-8862-452b-adfd-de2afb5e8cb1 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 25/07/2025 15:31:19 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 493581-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 143/2025

Datum der Veröffentlichung: 29/07/2025